

## Beschluss

Der Rat der Stadt Minden setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und den Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik ein. Der Rat der Stadt Minden fordert daher die Landesregierung, den Landtag Nordrhein-Westfalen, den Deutschen Städtetag, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, das EU-Parlament und die EU-Kommission auf:

1. für transparente und öffentliche Verhandlungen zu sorgen
2. den Mitgliedsstaaten Mitspracherechte einzuräumen
3. jeden Eingriff in die grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstverwaltung zu verhindern
4. die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen, sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Kultur und Bildung aus den Verhandlungen ausdrücklich herauszunehmen, um unter anderem auch den Ausbau der Mindener Stadtwerke nicht zu gefährden
5. sich für die Streichung der Investitionsschutzklauseln und der privaten Schiedsgerichtsverfahren einzusetzen.

Der Rat der Stadt Minden begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 in dieser Angelegenheit und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Anforderungen an.

Beratungsergebnis: 54 Stimmen dafür, 2 dagegen, 0 Enthaltungen

15.01.2015

[https://minden.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnylfuCWt8Ur4Ri2Pe.Pb.CXuCWn4OiOLg-ibvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi6Km0GJ/Oeffentliche\\_Niederschrift\\_Stadtverordnetenversammlung\\_15.01.2015.pdf#search=TTIP](https://minden.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnylfuCWt8Ur4Ri2Pe.Pb.CXuCWn4OiOLg-ibvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi6Km0GJ/Oeffentliche_Niederschrift_Stadtverordnetenversammlung_15.01.2015.pdf#search=TTIP)